

„Wir wehren uns!“

Online-Unterschriftenaktion des dbb rheinland-pfalz

Unter www.dbb-rlp.de können Sie sich eintragen

Seit dem 10. Oktober 2011 können internetsurfende Gegner des rot-grünen Sparhammers an einer Online-Unterschriftenaktion des dbb Landesbundes unter www.dbb-rlp.de teilnehmen.

Die Landesregierung plant massive Sparmaßnahmen zu Lasten des öffentlichen Landes- und Kommunaldienstes. Neben zahlreichen Einschnitten im finanziellen Dienstrecht sind auch umfangreiche Personaleinsparungen vorgesehen.

Erneut sollen Beamtinnen, Beamte, Versorgungsempfängerinnen und -empfänger zur Kasse gebeten werden, obwohl sie „ihren“ Konsolidierungsbeitrag in den vergangenen Jahren schon längst erbracht haben.

Die Betroffenen sind nicht schuld an der prekären Haushaltslage. Weil es aber so schön einfach ist, sie ohne Tarifverhandlungen nur durch einen Federstrich unter einem Gesetzesentwurf zu schröpfen, sollen sie wieder einmal ausbaden, was die Politik vorher versiebt hat.

► Wertschätzung für öffentliche Dienstleistung? – Fehlanzeige!

Seit dem Bekanntwerden der Sparpläne mehren sich täglich die Meldungen erzürnter Beamter und Versorgungsempfänger, die sich von der Landes-

regierung „verraten und verkauft“ fühlen. Teils empört, teils resigniert, teils nicht zitierfähig fallen die vielfältigen Äußerungen aus.

Zurzeit läuft das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren zum Entwurf eines „Ersten Dienstrechtsänderungsgesetzes zur Verbesserung der Haushaltsfinanzierung“. Der dbb rheinland-pfalz lehnt diesen Entwurf ab.

Wir befürchten einen Qualitätsverfall öffentlicher Dienstleistungen, existentielle Probleme bei der Nachwuchsgewinnung und Engpässe in der Personalbewirtschaftung. Dies wird zusammengenommen zu einer Kostenexplosion führen, wenn

an dem Entwurf festgehalten wird. Unter diesen Gegebenheiten werden nicht nur die öffentlich Bediensteten leiden, sondern alle Menschen in Rheinland-Pfalz.

► Deshalb sagen wir: Halt! Soweit darf es nicht kommen! Der Gesetzentwurf muss weg!

Alle, die wie wir für

- gerechte Bezahlung
- gute Rahmenbedingungen bei der Nachwuchsgewinnung und
- gute Leute im öffentlichen Dienst

sind, werden deshalb hiermit aufgerufen, sich an unserer Online-Unterschriftenaktion zu beteiligen.

Jeder, der auch gegen

- reale Einkommensverluste bei Besoldung und Versorgung,
- die Festschreibung von fünf Minusrunden hintereinander bis 2016,
- die Halbierung des Verheiratetenzuschlags,
- die Verdoppelung des beihilferechtlichen Wahlleistungseigenbetrags,
- die Streckung der Altersstufe 11 in der Grundgehaltstabelle der Besoldungsordnung A,
- die Streichung der vermögenswirksamen Leistungen,
- die massive Absenkung der jährlichen Einkünftegrenze von beihilferechtlich berücksichtigungsfähigen Ehe-/Lebenspartnern,
- die faktische Abschaffung der beamtenrechtlichen Altersteilzeit in den meisten Bereichen und
- die Entkernung des verfassungsrechtlich verbrieften Anspruchs der Beamten und Versorgungsempfänger

**Unterschriftenaktion des
dbb rheinland-pfalz
gegen den
Sparhammer
der rot-grünen Landesregierung
Wir wehren uns!**



dbb
beamtenbund
und tarifunion
landesbund
rheinland-pfalz

Die rot-grüne Landesregierung plant massive Sparmaßnahmen zulasten des öffentlichen Landes- und Kommunaldienstes. Die Betroffenen sind nicht schuld an der prekären Haushaltslage. Laut des Entwurfs eines "Ersten Dienstrechtsänderungsgesetzes zur Verbesserung der Haushaltsfinanzierung" sollen sie wieder einmal ausbaden, was die Politik vorher versiebt hat.

Ich sage HALT! Der Gesetzentwurf muss weg!

>

Vorname

Nachname

>

PLZ

Wohnort

Ich bin damit einverstanden, dass mein Vor- und Nachname sowie mein Wohnort auf der Unterstützerliste des dbb rheinland-pfalz veröffentlicht werden.

>

Datum

Ort

Unterschrift

Bitte per Post an: **dbb rheinland-pfalz**
Postfach 1706
55007 Mainz

oder per Telefax an: **06131 – 679995**

Vielen Dank!

auf eine Teilhabe an der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung

ist, sollte sich schleunigst im Internet unter www.dbb-rlp.de eintragen. Auf der Internetseite werden bestimmte Angaben zur Person abgefragt. Daraufhin erhält man an eine zuvor angegebene E-Mail-Adresse eine Bestätigungsnachricht mit einem Link, auf den man klicken muss, wenn man seinen Namen auf der Unter-

schriftenliste im Internet veröffentlichten lassen will.

Durch das einfache Verfahren bietet sich eine günstige Möglichkeit, ein deutliches Signal in Richtung Landespolitik zu senden, dass es so nicht geht.

Liebe Leserin, lieber Leser,

bitte machen Sie in Ihrem Organisationsbereich bei den Kolleginnen und Kollegen,

im Familien-, Freundes- und Bekanntenkreis auf unsere Aktion aufmerksam und unterstützen Sie uns durch Eintragung auf der Liste unter www.dbb-rlp.de.

Lassen Sie uns gemeinsam auch auf diese Weise zeigen, dass wir mit dem eingeschlagenen Weg der Landesregierung nicht einverstanden sind und insbesondere den strittigen Gesetzentwurf ablehnen.

Sparhammer
der Landesregierung:

Wir wehren uns!

» Zur Online-Unterschriftenaktion

► Für Unterstützerinnen und Unterstützer ohne Internetanschluss:

Senden Sie uns einfach den auf Seite 1 stehenden Abschnitt per Telefax oder per Post zu. ■

Spitzengespräch dbb rheinland-pfalz/SPD-Landtagsfraktion

Flexibilisierung des Ruhestandseintritts im öffentlichen Dienst wichtiges demographisches Thema

In einem Spitzengespräch zwischen SPD-Landtagsfraktion und dbb rheinland-pfalz am 17. Oktober 2011 in Mainz haben der SPD-Fraktionsvorsitzende Hendrik Hering und die dbb Landeschefin Lilli Lenz einen Demografiedialog vereinbart. Die komplexen Fragen der Nachwuchsgewinnung, des Haltens von erfahrenem Personal und des optimalen individuellen Ausscheidens nach einer Karriere im öffentlichen Dienst verlangten nach klugen und innovativen Lösungen. Solche Lösungen ließen sich am besten finden, wenn Politik und Praxis im gemeinsamen Austausch Erforderliches, Machbares und Wünschenswertes ausloteten, was zu gegebener Zeit auf Landesebene geschehen soll.

► Sparpläne kontrovers besprochen

Vorangegangen war ein Gespräch über die rot-grünen Sparpläne mit Relevanz für den öffentlichen Dienst. Ab 2012 bis 2016 ist geplant, die Anhebung der Bezüge von Besoldungs- und Versorgungsempfängern per Gesetz auf ein Prozent pro Jahr zu begrenzen.

SPD-Fraktionschef Hendrik Hering verteidigte den zugrundeliegenden Entwurf. „Angesichts der in Grundgesetz und Landesverfassung festgeschriebenen Schuldenbremse sieht die SPD-Landtagsfraktion mit Blick auf die hohe Personalausgabenquote im Landeshaushalt keinen größeren Spielraum. Mit der Festschreibung der fünf Anpassungen bis zum Ende der Legislaturperiode wird den Beamten und Pensionären ein ehrliches Signal der Berechenbarkeit und der Verlässlichkeit gegeben.“

Die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz kritisierte, dass die beabsichtigte gesetzliche Festschreibung aus dbb Sicht mit großer Wahrscheinlichkeit doppelt hinter der erwartbaren wirtschaftlichen Entwicklung zurückbleibe. Nicht nur die geplanten Anpassungshöhen seien zu niedrig, sondern auch die Langfristigkeit der Festlegung bedeute eine fragwürdige Abkoppelung von Besoldung und Versorgung. „Besonders fuchsig sind die Betroffenen, weil sie durch die Häufung zahlreicher einzelner

Einschnittvorhaben und Bezahlungsumschichtungen untereinander die Ein-Prozent-Anpassungen wie bei einer Kollekte für Kollegen gleich selbst gegenfinanzieren sollen. Dabei haben Beamte und Versorgungsempfänger ‚ihren‘ Beitrag zur Haushaltskonsolidierung mit weit über vierzig Sparmaßnahmen in den letzten 15 Jahren schon längst erbracht.“

Für den 3. November ist vormittags im Landtag vor dem Haushalts- und Finanzausschuss eine Anhörung zum strittigen Gesetzentwurf angesetzt. Anschließend findet vor dem Landtag ab 14:30 Uhr eine Protestkundgebung des dbb rheinland-pfalz in Kooperation mit dem DGB Rheinland-Pfalz statt.

Über beide Ereignisse wird in der nächsten „durchblick“-Ausgabe berichtet. ■



► Trafen sich im Abgeordnetengebäude (v. l. n. r.): Abg. Frank Puchtler, Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses, Abg. Thomas Wansch, Vorsitzender des SPD-Fraktionsarbeitskreises Haushalt und Finanzen, die Stellv. dbb Landesvorsitzenden Elke Schwabl, Gerhard Bold, Friedrich Berg und Axel Schaumburger, dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz, Abg. Hendrik Hering, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, und der Stellv. dbb Landesvorsitzende Torsten Bach. Nicht abgebildet ist die parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion, Barbara Schleicher-Rothmund, die ebenfalls am Austausch teilnahm. Foto:dbb

DBV

Immer länger leben?

20 Jahre und mehr im Ruhestand erfordern finanzielles Polster

Mehr als die Hälfte der heute in Deutschland geborenen Babys werden ihren 100. Geburtstag feiern können, sagen Altersforscher vorher. In den entwickelten Ländern ist die durchschnittliche Lebenserwartung in den vergangenen 170 Jahren um mehr als 30 Jahre gestiegen – und bislang gibt es keine Anzeichen, dass diese Entwicklung an Dynamik verliert.

Dabei zeigen zahlreiche neuere Studien, dass sich der Alterungsprozess nicht insgesamt verlängert, sondern vielmehr immer später einsetzt. Damit nimmt die Anzahl der Lebensjahre, die Menschen in Gesundheit verbringen, immer weiter zu.

Kostspielige Aktivitäten wie Reisen, Hobbys und Sport stehen ganz oben auf der Wunschliste deutscher Pensionäre und Rentner. Konsequenterweise sollte dafür über die zu erwartenden Pensions- und

Rentenzahlungen hinaus rechtzeitig Geld zurückgelegt werden. Das gilt umso mehr für die jüngere Generation der Beschäftigten im öffentlichen Dienst: Sie muss nach zahlreichen Einschnitten in der Beamten- und Zusatzversorgung deutlich mehr private Vorsorge treffen, um ihren Lebensstandard auch im Alter aufrechtzuhalten.

➤ Gewichtung zwischen Sicherheit und Rendite

Frank Meurer von der DBV, Direktionsbevollmächtigter für den öffentlichen Dienst, weiß: „Wie groß die Versorgungslücke ist und wie sie am besten geschlossen wird, ist sehr individuell. Darum sollte an erster Stelle eine umfassende Beratung inklusive Versorgungsanalyse stehen. Wir bieten mit plan 360° einen Beratungsansatz, der alle Facetten einer umfassenden Absicherung ab-

deckt.“ Eine der zentralen Entscheidungen ist dabei die Gewichtung zwischen Sicherheit und Rendite.

Wer sicherheitsorientiert ist und großen Wert auf Garantien legt, greift eher zu einer konventionellen Rentenversicherung. Auf der anderen Seite des Angebotsspektrums liegen fondsgebundene Produkte, die durch Investitionen am Aktienmarkt Renditechancen bieten.

Auch die durch Zulagen und Steuervorteile geförderte Riester-Rente sowie die Basis- oder Rürup-Rente gehören zum Angebot, aus dem Versicherungsnehmer ihr individuelles Paket schnüren können.

➤ Lebensversicherung bleibt beliebt

In der privaten Altersvorsorge kommt nach wie vor Lebensversicherungen eine zentrale Rolle zu. Das liegt auch daran, dass das Modell erfolgreich an

neue Rahmenbedingungen, wie beispielsweise das Alters-einkünftegesetz (2005) oder die Reform des Versicherungsvertragsgesetzes (2008), angepasst wurde. Gegenüber Banken oder Fondsanbietern bieten Lebensversicherer einen entscheidenden Vorteil: Nur sie sichern das so genannte Langlebkeitsrisiko ab. Auch wer über 100 Jahre alt wird, profitiert lebenslang von den Auszahlungen. Frank Meurer ist überzeugt: „Es gehört zu den Stärken der Lebensversicherung, dass sie Risiken beherrscht und langfristige, lebenslange Garantien geben kann.“

Wir informieren Sie gern, fordern Sie eine Versorgungsanalyse an:

DBV Versicherungen
Frank Meurer
Wallauer Weg 22
65205 Wiesbaden
Telefon: 01520 937 2177
E-Mail: frank.meurer@dbv.de

dbb Innovationspreis

Feuer- und Katastrophenschutzschule Rheinland-Pfalz gewinnt!

Gratulation: Simulationssoftware ausgezeichnet

Der dbb hat am 12. Oktober 2011 erstmalig seinen Innovationspreis verliehen.

Gewinner aus knapp 100 Bewerbern ist die Feuerwehr- und Katastrophenschutzschule Rheinland-Pfalz, die für die Ausbildung ehrenamtlicher Helfer im Katastrophenschutz eine eigene 3D-Simulationssoftware namens SAFER entwickelt hat.

Das Programm ermöglicht die virtuelle Darstellung von Katastrophenszenarien mit bis zu 500 Verletzten.

Der Vorsitzende der Wettbewerbsjury, Bundesaußenminister a. D. Hans-Dietrich Genscher, erläuterte den Softwarenutzen: Zahlreiche reale Übungen könnten kostensparend entfallen. Wegen der mehrfachen Durchspielbarkeit von Ka-

tastrophensituationen könne das jeweilige Einsatzkonzept optimiert werden.

dbb Chef Peter Heesen lobte SAFER als „flexibel, modern und effizient“.

Der mit insgesamt 50 000 Euro dotierte dbb Innovationspreis wird nun jährlich vergeben. Nähere Informationen dazu finden sich unter www.dbb.de im Internet. ■

dbb
Inno
vations
preis



dbb arbeitnehmervertretung rheinland-pfalz

Verlangt die demographische Entwicklung neue Modelle für einen gelungenen Berufsausstieg?

(gb) Diese Frage wird die dbb arbeitnehmervertretung rheinland-pfalz auch in der Zukunft beschäftigen müssen. Darüber waren sich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Herbstsitzung am 29. September 2011 in Mainz einig.

Zuvor hatten sie die Gesamtproblematik „Altersteilzeit“ sehr intensiv mit dem Stellvertretenden Bundesvorsitzenden der dbb tarifunion, Helmut Liebermann, und dem Tarifreferenten Jens Hoffmann diskutiert. Diese waren auf Einladung des Vorsitzenden Gerhard Bold aus Berlin angereist.

Helmut Liebermann zeigte in seiner Gesamtdarstellung auf, dass das ursprünglich durch die Bundesagentur für Arbeit geförderte Modell der Altersteilzeit mehr und mehr zum „Personalabbauinstrument“ missbraucht wurde. Immerhin seien über 800 000 Arbeitsplätze auf

diese Art wegrationalisiert worden. Die ursprüngliche Zielstellung, den Arbeitsmarkt zu beleben, sei nie erreicht worden.

Jetzt, nach Einstellung der Förderung durch die Bundesagentur für Arbeit, sei die Altersteilzeit für den Arbeitgeber finanziell uninteressant geworden. Zwar gäbe es – so Liebermann – in den Tarifbereichen TV – L und TVöD noch die Möglichkeit, Altersteilzeit zu nutzen. Auch sei im Bereich der Länder eine Öffnungsklausel geschaffen worden, um regionale Regelungen zu kreieren. Jedoch schmälerten Quotierungen die Umsetzung derart, dass nur ein kleiner Teil der möglichen Arbeitnehmer in den Genuss der Altersteilzeit komme.

Da aber bundesweit überall Interesse bei den Arbeitnehmern an einem früheren Ausstieg aus dem Berufsleben zu erkennen sei, müsse man über



„Berliner Besuch“ im Mainzer Hof: Der Stellv. Vorsitzende der dbb tarifunion und Chef des thüringer Beamtenbundes, Helmut Liebermann (Mitte) und Tarifreferent Jens Hoffmann von der dbb tarifunion (rechts) mit der dbb arbeitnehmervertretung rheinland-pfalz unter der Leitung des Stellv. dbb Landesvorsitzenden Gerhard Bold (5. von links). Foto: db

Alternativen oder andere Modelle nachdenken. Darüber waren sich die Diskussionsteilnehmer alle einig.

Bei künftigen Tarifverhandlungen soll unbedingt ein Augenmerk auf die Demographie gerichtet werden. Ziel muss es sein, Abschlüsse zu erreichen, die flexible Übergänge in die

Rente ermöglichen. Solche Verhandlungen müssen aus Sicht der Jugend – so Sven Maschur als dbb jugend-Vertreter im Gremium – Instrumente entwickeln, die für die junge Generation Perspektiven und Planungssicherheit schaffen. Dabei werden sicher auch Lebensarbeitszeitkonten eine Rolle spielen müssen. ■

Entwurf eines „Dienstrechtsänderungsgesetzes zur Verbesserung der Haushaltsfinanzierung“

Anhörung im Landtag

dbb rheinland-pfalz vor dem Haushalts- und Finanzausschuss / Demo in Mainz

Erwartungsgemäß hat der Wissenschaftliche Dienst des Landtages Rheinland-Pfalz für den 3. November 2011 vormittags zu einer öffentlichen Anhörung vor dem federführenden Haushalts- und Finanzausschuss über den zur Zeit strittigen Entwurf eines Dienstrechtsänderungsgesetzes zur Verbesserung der Haushaltsfinanzierung eingeladen.

Wie schon im Regierungsverfahren ist der dbb rheinland-pfalz aufgefordert worden, nun auch im parlamentarischen Verfahren der Gesetzgebung eine Stellungnahme zum Gesetzesentwurf abzugeben. Das hat er am 24. Oktober 2011 durch Einreichen einer schriftlichen Kritik getan. Nun folgt die Anhörung

Eingeladen zum Anhörungsverfahren sind außerdem der

Deutsche Richterbund Rheinland-Pfalz, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) Rheinland-Pfalz, die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di Rheinland-Pfalz, die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Rheinland-Pfalz sowie die beiden Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Heinrich A. Wolff (Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder) und Prof. Dr. Kurt

Faßbender (Universität Leipzig).

Anlässlich der Anhörung ist eine Protestkundgebung von dbb und DGB auf dem Mainzer Deutschhausplatz vor dem Landtag genehmigt worden, um 14:30 Uhr.

Als Redner vorgesehen sind die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz und der DGB-Landesvorsitzende Dietmar Mutschel.

Über die Anhörung und die Demonstration wird in der „durchblick“ 12/2011 berichtet.

Der Landtag entscheidet in der Plenarsitzung am 7./8./9. Dezember 2011 über das Dienstrechtsänderungsgesetz. ■

Einwurf

In guten wie in schlechten Zeiten ...

dbb Landeschefin Lilli Lenz zum Dienst- und Treueverhältnis in Zeiten der Haushaltskonsolidierung

Mit dem Entwurf des „Ersten Dienstrechtsänderungsgesetzes zur Verbesserung der Haushaltsfinanzierung“ kommt eine zu geringe Erhöhung von Besoldung und Versorgung daher, die hinter der erwartbaren Inflationsrate zurückbleibt. Das bedeutet: Abkoppelung von angemessenen Zuwächsen. Die Landesregierung hätte gerne, dass die Mini-Erhöhungen über fünf Jahre Laufzeit festgelegt werden. Das bedeutet: Abkoppelung auch im Hinblick auf die zeitliche allgemeine Einkommensentwicklung. Dieses doppelte Abkoppeln hinsichtlich der realen Einkommen der Beamten und Versorgungsempfänger beinhaltet auch einen Angriff auf die Tarifautonomie zu Lasten der Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes, weil zu befürchten ist, dass die öffentlichen Arbeitgeber im Zuge der Tarifrunde 2012 ganz genau schauen werden, was im Besoldungssektor läuft.

Wie unter massiv verschlechterten Bezahlungsbedingungen zukünftig noch qualifizierter Nachwuchs für den öffentlichen Dienst in Rheinland-Pfalz zu gewinnen sein soll, ist vor dem Hintergrund des Gesetzentwurfs sehr zweifelhaft.

Besonders bedenklich erscheint darüber hinaus die im Gesetzentwurf steckende „Veränderung der Geschäftsgrundlage“: Die Bedingungen für eine Beschäftigung im laufenden öffentlichen „Dienst- und Treueverhältnis“ haben sich bereits vielfach einseitig zum Nachteil der Beamten verändert. Mit dem aktuellen Gesetzentwurf würde die bisherige Geschäftsgrundlage noch kleiner werden.

Bei der Einstellungswelle in den 70er-Jahren wurden viele junge und zumeist noch ledige – gesunde – Beamte in den öffentlichen Dienst eingestellt. Sie mussten einer gesundheitlichen Überprüfung/Einstellungsuntersuchung zustimmen – als Einstellungsvoraussetzung.

Da hat der Dienstherr ihre Situation einfach so ausgenutzt, indem er keine Rentenversicherungs- und Sozialversicherungsbeiträge abgeführt hat und ja auch de facto noch keine großen Kosten – außer der Besoldung – mit ihnen hatte.

Nun sind diese Kolleginnen und Kollegen – offenbar zum Erstaunen des Dienstherrn – älter geworden, haben den Familienstand samt Anhang verändert und werden auch noch krank ... Zudem – oh große Verwunderung – sie wollen auch noch Pension. Ja so was, da reibt sich der Dienstherr die Augen. Was tun sprach Zeus? Die Götter sind betroffen und der Olymp wackelt: „Woher nehmen wir denn die Mittel?“

Geredet wird nicht von Pensionsansprüchen, die redlich erworben wurden durch den Beamten. Geredet wird stattdessen von VersorgungsLASTEN für den armen Dienstherrn. Der hat nämlich in guten Zeiten nicht vorgesorgt und in schlechten Zeiten bei leeren Kassen wird die Rechnung präsentiert. Die Frage ist nun: Unter welchem Hut sitzt das Kaninchen?

In einem Dienst- und Treueverhältnis auf Lebenszeit haben sich beide Seiten – Dienstherr und Beamter – von Anfang an verpflichtet, in guten wie in schlechten Zeiten füreinander da zu sein.

In guten Zeiten

- wurden viele eingestellt,
- haben ihren Eid geleistet,
- haben viele Dienstjahre vollbracht,
- haben 50 Einschnitte in ihre Beschäftigungsbedingungen über sich ergehen lassen und
- streiken nicht, weil sie nicht dürfen.

Die Gegenleistung:
In schlechten Zeiten

- sind zu viele in der Masse,
- sind viele angeblich zu gut bezahlt für ihre Klasse,
- sind viele nur noch eine Last.

So war das nicht gedacht, aber so wird das gemacht. Immer wieder wird am Beamtenstatus gesägt. Schonmal überlegt, wie teuer erst die „Auswilderung“ der Beamten in die Rentenversicherung käme? Also wird weiter am finanziellen Dienstrecht geknappst.

Daher:
Versprechen gebrochen. Gute Nacht, öffentlicher Dienst. Und mit Blick auf die Nachwuchsgewinnung: „Drum prüfe wer sich ewig bindet, ob sich nicht noch was Besseres findet!“ ■



Autoversicherung Jetzt wechseln



Holen Sie sich jetzt bei uns Ihr Angebot und überzeugen Sie sich. Wir bieten:

- TOP-Schadenservice
- TOP-Partnerwerkstätten
- TOP-Tarife

Kündigungsstichtag 30.11.

Gleich informieren.
Wir beraten Sie gerne!

GESCHÄFTSSTELLE Mainz

Telefon 0800 153153*
thomas.bake@HUK-COBURG.de
www.HUK.de
Wilhelm-Theodor-Römheld-Str. 28
55130 Mainz
Öffnungszeiten:
Mo.–Do. 8.00–18.00 Uhr
Fr. 8.00–16.00 Uhr

* Kostenlos aus deutschen Telefonnetzen



HUK-COBURG
Aus Tradition günstig

Fortbildungsqualifizierung

dbb rheinland-pfalz zu Gast bei der FHÖV

Systembeleuchtung aus Sicht der Praxis

Das Thema Fortbildung stand im Mittelpunkt eines Gespräches zwischen dem dbb rheinland-pfalz und Vertretern der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung (FHÖV) Rheinland-Pfalz am 20. September 2011 in Mayen.

Von besonderem Interesse war hierbei der fachliche Austausch über das System der neuen „Fortbildungsqualifizierung“, das gemäß den Vorgaben des neuen Landesbeamtengesetzes ab Juli des kommenden Jahres verbindlich für alle Beamtinnen und Beamte der Kommunal- und Landesverwaltung eingeführt werden soll.

Innerhalb dieses neuen Fortbildungsqualifizierungssystems

wird es Aufgabe der FHÖV sein, den überfachlichen Qualifizierungsteil, die so genannte „Sockelqualifizierung“, mit Leben zu füllen.

FHÖV-Direktor Klaus Weisbrod bewertete das neue Fortbildungssystem als ehrgeizig und anspruchsvoll. Sein Haus befasse sich zur Zeit mit dem Aufbau der Lehrpläne und erstelle die einzelnen Fortbildungsmodule, soweit diese im Kompetenzbereich der Fachhochschule liegen.

dbb Landeschefin Lilli Lenz unterstrich, dass das Konzept nur aufgehen könne, wenn es von den Verwaltungen und den Bediensteten angenommen und mit ausreichender Finanzierung unterfüttert wird.



> Fachgespräch Fortbildung (v. l. n. r.): Klaus Weisbrod, Direktor FHÖV, Hans-Joachim Rieger, Abteilungsleiter Fortbildung dbb akademie, Helmut Heiden, Leiter Fortbildung FHÖV, Lilli Lenz, Landesvorsitzende dbb rheinland-pfalz, Jürgen Bouhs, Geschäftsstelle Fortbildung FHÖV. Foto:dbb

Die Gesprächsteilnehmer waren sich darin einig, dass das Thema „Fortbildung“ oftmals ein Schattendasein in der Verwaltung führe. Jetzt sei ein Ausbau nötig. Im Spannungsfeld von demografischer Ent-

wicklung, Personalbedarf im öffentlichen Dienst und Konkurrenz mit der Privatwirtschaft sollten die Dienstherren jedenfalls dafür Sorge tragen, dass das Personal gut aus- und fortgebildet wird. ■

Verwaltungsgericht Trier

Aktuelle Entscheidungen

> Verletzung beim Fußballturnier als Dienstunfall

Die Teilnahme an einem Fußballturnier unterliegt dann dem Dienstunfallschutz, wenn sie im Zusammenhang mit dem Dienst des Beamten steht, vom Dienstvorgesetzten getragen wird und dienstlichen Interessen und Zwecken dient (Urteil vom 9. August 2011; Az.: 1 K 283/11.TR).

Der Kläger hatte im Mai 2010 am Vorrundenfußballspiel des jährlichen Brief-Cups des FC Deutsche Post teilgenommen und bei einem Sturz einen Bänderriss der rechten Schulter erlitten.

Das Gericht stellte fest: Bei dem Fußballspiel habe es sich

um eine dienstliche Veranstaltung gehandelt. Sie sei vom zuständigen Dienstvorgesetzten ausdrücklich gebilligt worden. Das Fußballturnier sei als Projekt der Deutschen Post ausgelegt, das ausschlaggebend dem dienstlichen Interesse der Motivation der Mitarbeiter diene. Der konkrete Veranstaltungszweck sei ausdrücklich darin begründet, die Mitarbeiter mit der Marke Deutsche Post zu identifizieren. Damit habe die Beklagte die Strukturen vorgegeben. Zudem habe sie die Teilnahme finanziert, so dass die Teilnahme am Spiel und mithin der erlittene Unfall insgesamt dem dienstlichen und nicht dem privaten Lebensbereich des Beamten zuzurechnen seien.

> Kein Sonderurlaub für Teilnahme an Schießweltmeisterschaft

Nach den einschlägigen beamtenrechtlichen Vorschriften kann Sonderurlaub für die aktive Teilnahme an den Olympischen Spielen sowie sportlichen Europa- und Weltmeisterschaften nur dann gewährt werden, wenn der Beamte von einem dem Deutschen Sportbund angeschlossenen Verband als Teilnehmer benannt worden ist und dienstliche Gründe nicht entgegenstehen (Urteil vom 9. August 2011; Az.: 1 K 610/11.TR).

Geklagt hatte ein Bundespolizist, der als Mitglied des Bundes der Militär- und Polizeischützen e.V. (BDMP) im Oktober

2010 an der Weltmeisterschaft im Schießen in Sydney teilgenommen und hierfür drei Tage Sonderurlaub beantragt hatte. Deren Versagung war rechtmäßig, so das Gericht, weil der BDMP nicht dem Deutschen Sportbund angehöre, so dass der Kläger mithin auch nicht von einem solchen Verband als Spitzensportler zur Teilnahme an der in Frage kommenden Weltmeisterschaft benannt worden sei. Eine erweiternde Auslegung der einschlägigen Norm auf sonstige Dachverbände, die – wie hier im Falle des BDMP – grundsätzlich nur einem eingeschränkten Personenkreis zugänglich seien und nur eine Sportart vertreten würden, sei nicht geboten. Außerdem fehle es beim BDMP auch an einem Verfahren, welches sicherstelle, dass tatsächlich nur die Spitzensportler an den jeweiligen Wettkämpfen teilnehmen. ■

Bezirksverband Rheinhessen

Betriebsbesichtigung bei Opel

Von Bardo Kraus

Einen Einblick in die moderne Autoproduktion gab der Bezirksverband Rheinhessen bei einer Besichtigung des Opel-Automobilwerks Rüsselsheim. Dieses für die Region sehr bedeutende Unternehmen produziert dort bereits seit 112 Jahren Autos. Eine Fahrt durch das Werksgelände zeigte, wie innerhalb von nur noch 16 bis 18 Stunden vom Pressen der Blechteile bis zum Fahrtstest des fertigen Fahrzeugs ein Pkw entsteht.

Beeindruckend waren die Einblicke in den von Robotern beherrschten Zusammenbau der Karosserie. Menschen sind nach wie vor mit dem Einbau der vielen Einzelteile in das Auto beschäftigt. Ein



> dbb Bezirksverband Rheinhessen im Opel-Museum.

Foto: Hans Georg Korsch

ausgeklügeltes System macht es möglich, dass auf einer Fertigungsstraße nicht nur viele Varianten sondern sogar zwei verschiedene Fahrzeugmodelle gefertigt werden. Dazu werden die einzelnen Komponenten für den nach Kunden-

wünschen konfigurierten Pkw zur richtigen Zeit angeliefert und in den Produktionsprozess eingespeist.

Im Werkmuseum wurde ein Überblick über die Produktion seit den Anfängen im Jahr

1862 gegeben. Damals hatte Adam Opel mit Nähmaschinen begonnen. Später war Opel bis 1937 weltgrößter Fahrradhersteller. Unser Foto zeigt die Teilnehmer vor dem legendären Lieferwagen Opel Blitz.

Bildungsarbeit

Brüssel 2011

Erfolgreiches europapolitisches Seminar in Kooperation mit dem BBW

(tb) Der Landesbund Rheinland-Pfalz konnte in der Zeit vom 5. bis 9. September 2011 erneut ein Europaseminar in Brüssel durchführen. Ermöglicht wurde dies durch eine erneute Kooperation mit dem Beamtenbund Baden-Württemberg.

Die Teilnehmer der beiden benachbarten Bundesländer hatten in den fünf Tagen ausreichend Gelegenheit, die europäischen Institutionen zu besuchen – so stand ein Informationsbesuch bei der EU-Kommission ebenso auf dem Programm wie ein Besuch des Parlamentes und Diskussionen mit Abgeordneten des europäischen Parlamentes, unter an-

derem mit dem Vizepräsidenten Rainer Wieland.

Daneben konnten die Teilnehmer die rheinland-pfälzische sowie die baden-württembergische Landesvertretung besuchen und Einblicke in die Arbeit der Vertretungen gewinnen. Eine alternative Stadtführung sowie ein Besuch bei OLAF, der Behörde für Betrugsbekämpfung, rundeten das spannende und informative Programm ab.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen waren sich einig: Brüssel ist immer wieder einen Besuch wert!



> Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des diesjährigen „Brüssel-Seminars“ von BBW und dbb rheinland-pfalz in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz.

Foto: tb

durchblick vormals „Der Beamte in Rheinland-Pfalz“

ISSN 0946-7483

Herausgeber: dbb – beamtenbund und tarifunion, landesbund rheinland-pfalz, Adam-Karrillon-Straße 62, 55118 Mainz, Telefon 06131.611356.

Verlag: dbb verlag gmbh, Internet: www.dbbverlag.de, E-Mail: kontakt@dbbverlag.de.

Verlagsort und Bestellschrift: Friedrichstr. 165, 10117 Berlin,

Redaktion: Malte Hestermann, Telefon 06131.611356, Telefax 06131.679995. Fotos: MEV.

Redaktionsschluss am 1. des Vormonats. Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar. Alle Beiträge werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Nachdruck ist nur mit Zustimmung der Redaktion und Quellenangabe zulässig.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte besteht keine Gewähr.

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern

Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. ☎ 02102.74023-0,

Fax 02102.74023-99, E-Mail: mediacycenter@dbbverlag.de. Anzeigenleitung: Petra-Opitz-Hannan,

☎ 02102.74023-715. Anzeigendisposition: Britta Urbanski, ☎ 02102.74023-712, Anzeigentarif Nr. 19,

gültig ab 1.10.2010.

Die Zeitschrift „durchblick“ erscheint zehnmal im Jahr. Der Verkaufspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

BSBD – Internationales Justizvollzugstreffen

60 Jahre BSBD Rheinland-Pfalz

Aus Anlass seines 60-jährigen Bestehens veranstaltete der BSBD-Landesverband Rheinland-Pfalz in der Bildungsstätte Vallendar-Schönstatt ein Seminar der internationalen Begegnung des Strafvollzuges im vereinten Europa.

(bsbd) Strafvollzugsbeamte aus den EU-Ländern Polen, Litauen, Österreich und der Tschechischen Republik trafen als Delegierte am Mittwoch, dem 14. September 2011, in Vallendar-Schönstatt ein.

Von den deutschen Bundesländern waren Kollegen aus Baden-Württemberg, Bayern, Thüringen und dem Saarland der Einladung des Landesvorsitzenden Winfried Conrad gefolgt.

Beim gemeinsamen Abendessen wurden die ersten länderübergreifenden Gespräche geführt und alte Bekanntschaften aufgefrischt.

► Wo steht der Strafvollzug im vereinten Europa?

Die Eröffnungs- und Festrede hielt der rheinland-pfälzische Landesvorsitzende Winfried Conrad am Donnerstagmorgen.

Der Europabeauftragte Franz Josef Schäfer moderierte die Veranstaltung und für die musikalische Umrahmung sorgte die (Beamten-) Bläsergruppe der JVA Wittlich.

Im Anschluss folgten die verschiedenen Vorträge der

angereisten Strafvollzugskollegen.

Vormittags wurden die Teilnehmer über den Strafvollzug in Polen und dessen neue gewerkschaftliche Ausrichtung sowie über aktuelle Zahlen und Entwicklungen aus dem tschechischen Strafvollzug in einer Präsentation informiert.

Eine Betrachtung zum österreichischen Strafvollzug startete die nachmittägliche Vortragsreihe. Berichte aus Bayern und Thüringen folgten.

Abschließend berichteten die Kollegen aus Litauen über die Entwicklungen in ihrem Land.

Als Dolmetscher für die verschiedenen Sprachen fungierten Kolleginnen und Kollegen aus Rheinland-Pfalz, Thüringen und dem Saarland.

Über Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Strafvollzug diskutierten die Teilnehmer im Anschluss. Vor allem der Mangel an Geld im Strafvollzug ist in ganz Europa zu bemerken. Das finanzielle Defizit ist vor allem in den ehemaligen „Ostblockstaaten“ bemerkbar, wo aber das engagierte Vollzugspersonal am meisten Kraft aufwenden

muss, um die europäischen Standards zu erfüllen.

Bei der anschließenden Abendveranstaltung wurden Ehrungen ausgetauscht und Kontakte untereinander geknüpft beziehungsweise vertieft.

Eine Besichtigung des rheinland-pfälzischen Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz und eine Führung unter der Leitung von Herrn Ministerialdirektor Meiborg durch die Landeshauptstadt Mainz standen am Freitag, dem 16. September 2011, auf dem Programm.

Neben dem Dom ist vor allem die Pfarrkirche St. Stephan mit den blau leuchtenden Glasfenstern, auf einer Anhöhe über der Altstadt gelegen, die Attraktion für Mainz-Besucher.

Der Maler Marc Chagall (1887–1985) hat die Glasmalereien der Fenster im Ostchor mit Motiven aus der Bibel in den letzten Jahren seines Lebens geschaffen. Bei unserer Besichtigung konnten wir gleich einer Probe des Bach-Chores und -Orchesters Mainz für die Messe h-Moll am gleichen Abend lauschen.

Die Rückfahrt mit dem Bus führte über Bingen und eine Fährfahrt nach Rudesheim durch das sehenswerte Rheintal mit seinen unzähligen Burgen nach Lahnstein.

Der Abstecher auf den sagenumwobenen 132 Meter hohen Loreleyfelsen mit dem Ausblick auf die engste Stelle des Rheines durfte da nicht fehlen.

Nach einem gemeinsamen Frühstück am Samstagmorgen verabschiedeten sich dann die Teilnehmer mit dem Wunsch auf baldige Wiederholung gleichartiger Veranstaltungen, die sehr zur Vertiefung und Erweiterung der beruflichen und gewerkschaftlichen Kontakte beitragen und traten ihre zum Teil sehr lange Heimreise, unter anderem nach Polen und Litauen, an. ■

Reisen

FRANKREICH

Atlantikküste-Vendée, wunderschöne Ferienhäuser, direkt am Meer, pers. ausgesucht. Tel. (026 84) 95 82 23 www.vendee.de